

nr. 1 – märz 2025

ecke turmstraße

Zeitung für das «Lebendige Zentrum» und Sanierungsgebiet Turmstraße. Erscheint sechsmal im Jahr kostenlos.

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung



WELCHE ECKE?



Moabit hat bekanntlich viele interessante Ecken. Aber wo wurde diese Ecke aufgenommen? Wenn Sie den Ort wissen, schreiben Sie uns die Lösung und vergessen bitte auch nicht Ihre Post-Adresse! Denn unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir wieder einen Büchergutschein der Dorotheenstädtischen Buchhandlung.

Schicken Sie uns Ihre Antwort per Post an: Ulrike Steglich c/o Ecke Turmstraße, Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin oder per Mail an: ecketurm@gmx.net. Bitte vergessen Sie auch die Absenderadresse nicht! Einsendeschluss ist Montag, der 14. April 2025.

Unser letztes Bilderrätsel zeigte ein Detail an der Fassade der Turmstr. 75. Gewonnen hat Heinrich Braun – herzlichen Glückwunsch! Der Gutschein wird Ihnen per Post zugesandt.

Höhere Einkommensgrenzen für WBS

Der Senat hat Anfang Januar 2025 die Verordnung über die Abweichung von den Einkommensgrenzen im Sozialen Wohnungsbau nach § 9 des Wohnraumförderungsgesetzes (WoFG) aktualisiert. Damit werden die 2023 überarbeiteten Wohnbauförderungsbestimmungen für den Neubau (WFB 2023) und die aktualisierte Genossenschaftsförderung berücksichtigt.

Neu ist seit 2023, dass ein Teil der zukünftig fertiggestellten Sozialwohnungen von Haushalten mit einem Einkommen bezogen werden können, das die Einkommensgrenze um 120 Prozent überschreitet. Dies wird als »WBS 220« bezeichnet. Daneben gibt es noch den WBS 140, 160 und 180 (jeweils bei Einkommen von 40%, 60% oder 80% über den festgelegten Einkommensgrenzen). Damit reagiert die Senatsverwaltung für Stadtent-

wicklung, Bauen und Wohnen auf den Umstand, dass es auch eine Versorgungslücke von Wohnungsneubau im mittleren Preissegment gibt und auch Menschen mit mittleren Einkommen kaum noch eine für sie bezahlbare Wohnung finden. Mit der Änderung der Wohnbauförderbestimmungen werden rund 60 Prozent der Berliner Haushalte berechtigt sein, einen WBS zu beantragen.

Das bedeutet allerdings nicht, dass man damit auch schneller eine Wohnung bekommt, denn Berlin hat noch immer ein akutes Defizit an Sozialwohnungen mit begrenzten Mieten. Im Gegenteil wächst damit die Konkurrenz um Sozialwohnungen auf dem Mietmarkt. us

Ecken im Web

Sämtliche Ausgaben der »Ecke Turmstraße« sind als PDF archiviert und abrufbar unter: www.turmstrasse.de/team/stadtteilzeitung

INHALT

Seite 3 Abschied vom Geschäftsstraßenmanagement

Seite 4 Begrünungsprogramm: Projekte in Moabit

Seite 5 Die Kulturmanege ist im Bau

Seite 6 Lübecker Straße: Planungsaufakt

Seite 7 Ausstehende Vorhaben im Fördergebiet

Seite 8 Nachrichten

Seite 9 »Brüder-Grimm-Haus«

Seite 10 Kultur in Moabit

Aus dem Bezirk Mitte:

• **Seite 11** Schulwegsicherheit im Bezirk

• **Seite 12** Migration: Ohne geht's nicht

• **Seite 13** Bezirksnachrichten

• **Seite 14** Ausgleichsbeträge im Sanierungsgebiet: Was ist das?

Seite 15 Adressen + Gebietskarte

Seite 16 Eckensteher

IMPRESSUM

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Redaktionsadresse: »Ecke Turmstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin Tel (030) 283 31 27, ecketurm@gmx.net

Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de

Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesel, www.capadesign.de

Druck: Möller Pro Media

V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Elektronischer Versand

Sie möchten auf elektronischem Weg die aktuelle Zeitung als PDF erhalten? Schreiben Sie uns eine kurze E-Mail, und wir nehmen Sie in unseren Mail-Verteiler auf: eckemueller@gmx.net

Die nächste Ausgabe

der Ecke Turmstraße erscheint Ende April 2025.

Das Geschäftsstraßenmanagement geht ins letzte Jahr

Auch der diesjährige »Tag der Städtebauförderung« wird das Geschäftszentrum thematisieren

Die Zeit läuft: Im kommenden Jahr 2026 wird das Sanierungsgebiet Turmstraße offiziell aufgehoben. Damit endet auch das Geschäftsstraßenmanagement (GSM) Turmstraße, das im Jahr 2011 im Rahmen des Städtebauförderprogramms »Lebendige Zentren und Quartiere« seine Arbeit begann. Seither hat das Büro »die raumplaner«, das mit der Aufgabe beauftragt worden war, zahlreiche Aktivitäten zur Unterstützung und Stärkung des Geschäftszentrums im Gebiet angestoßen.

Dabei steht ein Geschäftsstraßenmanagement naturgemäß vor einer schwierigen Aufgabe. Denn auf wichtige Faktoren für die Gewerbeentwicklung einer Straße wie etwa die Gewerbemieten, die Ansiedlung bestimmter Branchen oder die Raumvergabe hat es keinen Einfluss: für Gewerbemieten gibt es keine Beschränkungen, sie sind auf dem Markt frei verhandelbar und damit ausschließlich eine Angelegenheit zwischen Mieter und Vermieter. Auch die Entscheidung, an welches Gewerbe ein Hauseigentümer seine Ladenräume vermietet, ist – abgesehen von Einschränkungen wie dem Spielhallengesetz – einzig die Sache des Eigentümers. Das Instrumentarium der Steuerungsmöglichkeiten ist also im Gewerbebereich sehr beschränkt. Zugleich aber stehen die klassischen Geschäftsstraßen vor Herausforderungen: ob Veränderungen des Konsumverhaltens, Konkurrenz durch den Online-Handel, zunehmende Filialisierung oder Fachkräftemangel im Einzelhandel.



An solchen Faktoren kann ein Geschäftsstraßenmanagement natürlich wenig ändern. Dennoch gibt es ein Spektrum an Handlungsmöglichkeiten, wie die Arbeit der »raumplaner« im Gebiet Turmstraße zeigt: Dazu gehört Grundlegendes wie die Entwicklung und Fortschreibung eines Geschäftsstraßenkonzepts, das sich an jene richtet, die mit ihren Entscheidungen die Entwicklung und Qualität der Turmstraße mit beeinflussen: an Eigentümer, Gewerbetreibende und Projektentwickler. Dazu gehört aber auch die Förderung der Vernetzung von aktiven Gewerbetreibenden und Kulturschaffenden, wie sie mit der TIM (Turmstraßen-Initiative Moabit) gelang, die Unterstützung gemeinsamer Aktionen wie beim Moabiter Kiezfest, das sich als jährliches Highlight etabliert hat, die Betreuung des Gebietsfonds, das regelmäßige Bestandsmonitoring und natürlich die Unterstützung und Information der Gewerbetreibenden in existenzbedrohenden Situationen, ob Dauerbaustelle oder Pandemie. In diesem letzten Jahr wird es nun vor allem darum gehen, wie entstandene Strukturen und Initiativen so konsolidiert werden können, dass sie auch nach dem Ende des GSM weiter bestehen können.

Weil das GSM Turmstraße nun in sein letztes Jahr startet, haben sich die Akteure im Förder und Sanierungsgebiet Turmstraße dafür entschieden, den diesjährigen »Tag der Städtebauförderung«, der in diesem Jahr am 10. Mai stattfindet, die Geschäftsstraßen- und Zentrumsfunktion der Turmstraße sowie das Geschäftsstraßenmanagement in seinem letzten Bestandsjahr zum Thema zu machen. Geplant ist, die Moabiterinnen und Moabiter zu einer Kiezrallye durch Moabits Geschäftsstraße einzuladen, die in mehreren Varianten angeboten werden soll – etwa eine kürzere und eine längere oder auch eine Familientour. Das Ganze folgt dem bekannten Prinzip einer Schnitzeljagd, die die Gelegenheit bietet, die Turmstraße und ihre unmittelbare Umgebung mit ihren Angeboten, Projekten, Läden und Gewerbetreibenden besser kennenzulernen. Außerdem wird es auch die Gelegenheit zu Gesprächen mit den Akteurinnen und Akteuren im Fördergebiet geben und ein Catering ist ebenfalls geplant. Näheres erfahren Sie dann in der nächsten Ausgabe dieser Zeitung bzw. auch über die Gebietswebsite www.turmstrasse.de us

Achtung: Neue Sprechzeiten im Stadtteilladen!

Seit Januar gelten im Förder und Sanierungsgebiet Turmstraße neue Sprechzeiten für die Prozesssteuerung und das Geschäftsstraßenmanagement. Die Sprechstunden finden im Stadtteilladen Krefelder Straße 1a statt.

Prozesssteuerung (KoSP GmbH):

donnerstags 16 bis 18 Uhr

Geschäftsstraßenmanagement (die raumplaner):

dienstags 15 bis 18 Uhr

Mieterberatung: jeden Montag 16 bis 18 Uhr (vor Ort)

und jeden Donnerstag 10 bis 12 Uhr (telefonisch unter

030-44 33 81 23)



Mehr Grün für Moabit

Aktuelle Projekte im Begrünungsprogramm

Dafür soll u.a. das Begrünungsprogramm im Fördergebiet Turmstraße sorgen. Mit Erfolg: Denn seit das Begrünungsprogramm im Jahr 2015 startete, konnten mit seiner Hilfe nicht nur etliche Wohnhöfe grüner und freundlicher gestaltet werden (u.a. in der Lübecker Straße 43 oder der Unionstraße 6) sondern auch besondere Projekte realisiert werden – beispielsweise der neue Heilgarten auf dem Areal des GSZM, der Tiny Forest auf dem Gelände des ZK/U oder auch das bepflanzte Parklet vor dem Stadtteilladen in der Krefelder Straße 1a.

Auch wenn der »Tiny Forest« (unser Foto) wie fast alle Pflanzungen im Winter momentan etwas trist wirkt, war die Pflanzaktion im letzten Herbst dennoch ein großer Erfolg und man darf gespannt sein, wie sich das Grün in diesem Frühjahr und Sommer entwickeln wird. Einen richtigen Namen hat dieser »Tiny Forest« (der in Mitte nicht mehr der einzige ist – auch im Gertraudenhain an der Leipziger Straße gibt es einen) jetzt übrigens auch: Mehrheitlich votierten die an der Pflanzaktion Beteiligten für den Namen »Moawald«.

Auch in diesem Jahr werden weitere Höfe im Begrünungsprogramm gefördert:

- Bredowstraße 41: Gefördert werden hier u.a. eine neue umweltfreundliche und pflegeleichte Bepflanzung, die Vergrößerung und Neuordnung des Fahrradstellplatzes, Regentonnen, die Aufwertung des Erdbodens, der Bau eines multifunktionalen Sandkastens sowie zweier Hochbeete.
- Lübecker Straße 4: Vorgesehen sind u.a. eine neue umweltfreundliche Bepflanzung und klimaresiliente Gestaltung des Hofes und der Vorgärten, eine neue Pergola für Fahrradstell- und Müllplatz, das Aufstellen einer Regentonne und eines Hochbeetes.
- Lübecker Straße 6 (Wohnungslosenunterkunft): Die Maßnahmen im Detail sind noch in der Diskussion.
- Krefelder Straße 6, Essener Straße 8: Begrünungsmaßnahmen sind in Arbeit.

Förderung für Umweltbildungsprojekte: Jetzt bewerben!

Gute Nachrichten für Umweltbildungsakteure und kreative Projektideen im Bezirk Mitte: Der Aktionsfonds für Umweltbildung in Mitte unterstützt insbesondere kleinere Institutionen, die einen Beitrag zu Stadtnatur, Klimaschutz oder Nachhaltigkeit leisten. Mit bis zu 10.000 Euro fördert der Fonds Projekte, die zwischen September 2025 und Ende 2026 umgesetzt werden: ob Clean-Ups, Entdeckungstouren durch die grünen Oasen des Bezirks oder Koch-Workshops mit Lebensmittelresten. Besonders willkommen sind Projekte, die generationsübergreifend und inklusiv wirken sowie den Austausch von Fachwissen zwischen erfahrenen und neuen Akteuren ermöglichen.

Antragsberechtigt sind alle juristischen Personen. Die Projekte müssen einen klaren Bildungsaspekt enthalten, sich auf die Themen Umwelt, Natur, Klima oder ökologische Nachhaltigkeit beziehen sowie im Bezirk Mitte realisiert werden. Die Mittel können für Honorare, Aufwandsentschädigungen, Sachkosten sowie eine Gemeinkostenpauschale verwendet werden.

Interessierte können ihre Antragsunterlagen bis zum 31. März 2025 per E-Mail an magdalena.adamczyk-lewoczko@ba-mitte.berlin.de einreichen. Nach einer formellen Prüfung entscheidet eine unabhängige Aktionsfondsjury über die Vergabe der Fördermittel.

Mehr Informationen sowie die Bewerbungsformulare finden Sie auf der Website www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/aemter/umwelt-und-naturschutzamt/umweltladen

Nachbarschaftsengagement wird weiter gefördert Jetzt noch bis 28. Februar FEIN-Mittel beantragen!

Dem Bezirk Mitte werden wie in den Vorjahren von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen Fördergelder aus dem erfolgreichen Programm »Sachmittel für freiwilliges Engagement in Nachbarschaften« (FEIN) zur Unterstützung von Initiativen ehrenamtlich Engagierter zur Verfügung gestellt.

Gefördert werden Maßnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur in der Nachbarschaft. Die Umsetzung erfolgt in freiwilliger Eigenleistung, Sachmittelkosten werden bis zu einem Höchstbetrag in Höhe von 3.500 € gefördert. Dazu zählen beispielsweise Farben und Materialien für Renovierungen gemeinsam genutzter öffentlicher Einrichtungen, wie Schulen oder Freizeiteinrichtungen. Auch Aktionen von Initiativen, Interessengemeinschaften und Vereinen, die zur Verbesserung des Wohnumfeldes in der Nachbarschaft beitragen, können gefördert werden.

Die Anträge sind schriftlich bis zum 28.02.2025 einzureichen. Anträge, die nach dieser Frist eingehen, können nicht berücksichtigt werden. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung der Fördermittel besteht grundsätzlich nicht. Das Merkblatt zur Programmdurchführung und die Anträge stehen auf der Internetseite des Bezirksamtes zum Download bereit.



Eröffnung schon im Sommer?

In den nächsten Wochen und Monaten kann man beim Spaziergehen durch den Ottopark die Entstehung eines neuen Kulturorts für Moabit verfolgen: Auf dem Areal des betreuten Otto-Spielplatzes entsteht die neue »Kulturmanege«. Offizieller Baubeginn war am 6. Januar.

Laut Bauzeitenplan sollen die Garten- und Landschaftsbauarbeiten bis Mitte März fertiggestellt werden. Ende April bzw. im Mai soll dann das Zelt auf der ehemaligen Pergola-Fläche errichtet werden. Ein neuer Zugang zum Ottopark ermöglicht eine Nutzung auch außerhalb des Spielplatzbetriebs und schafft Sichtbarkeit. Außerdem werden zwei Container als Lager- und Backstageräume aufgestellt. Das Zelt selbst soll dann ganzjährig für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen sowie für Kultur- und andere öffentliche Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Eine Luft-Luft-Wärmepumpe soll das Zelt während der kalten Jahreszeit beheizen.

Läuft alles nach Plan, könnte schon in diesem Sommer die Eröffnung gefeiert werden. Die Baukosten (ca. 450.000 €) werden über das Städtebauförderprogramm »Lebendige Zentren und Quartiere« finanziert, die Planungskosten aus bezirklichen Mitteln. Träger des betreuten Spielplatzes sowie der künftigen Kulturmanege ist der Moabiter Ratschlag e.V.



Betr. Ecke Turmstraße 6/2024 zu: Baustart für die »Kulturmanege«

Liebe Redaktion der Ecke Turmstraße,

in o.g. Artikel ist zwar der Werdegang der zukünftigen »Kulturmanege Moabit – das Super-Spaß-Zelt« auf dem Gelände des Otto-Spielplatzes im Ottopark von 2021 bis heute korrekt beschrieben. Allerdings frage ich mich, wie das dazugehörige Foto in den Text geraten ist. Zu sehen ist ein Ausschnitt eines technischen Plans, der eine Ansicht eines cremefarbenen Zweimasterzirkuszeltens zeigt, in das mit einem Kugelschreiber nachträglich Luftakrobatik-Elemente wie Trapezseile, Trapezstangen und Ringe unter das Zeltdach gekritzelt wurden. Es erschließt sich mir nicht, in welchem Kontext die Darstellung zum Text stehen soll. Das Foto führt den Leser/die Leserin in die Irre. Denn es handelt sich dabei nicht um die zukünftige Kulturmanege, sondern lediglich um einen sehr frühen Entwurf des Zeltes, der zur ersten Veranschaulichung des Vorhabens diente. Bereits im Jahr 2023 wurde von meinem Mitarbeiter:innen und mir über mehrere Monate hinweg ein umfangreicher Kinderbeteiligungsprozess mit Befragungen und Workshops durchgeführt. An dessen Ende konnten sich für das Zelt die Farben rot-gelb-blau, die markante gezackte Musterung und der Name »Kulturmanege Moabit – das Super-Spaß-Zelt« durchsetzen.

Die Wünsche der Kinder sind anschließend in den weiteren Planungs- und Ausschreibungsprozess eingeflossen und wurden bzw. werden anschließend eins-zu-eins von der planwerkstatt haas-wohlfahrt aus Berlin und der Zeltbaufirma raap aus Hamburg bei der Planung und Herstellung des Zirkuszeltens umgesetzt (siehe beigefügtes Foto). Bis zur Fertigstellung im Sommer 2025 sind die Kinder während der regelmäßig stattfindenden Bautermine (jeweils Donnerstag, 15.30–17.30 Uhr) in die Vorbereitungen, den Bau des Zeltes und die Gestaltung der umgebenden Flächen aktiv einbezogen: so z.B. beim Abbau und der Weiterverwendung der alten Zeltplane zu Taschen, Geldbörsen oder kleinen Geschenken; beim Erstellen des Namenszuges; bei der Gestaltung des Eingangstores, der Bepflanzung der Grünflächen und beim Verlegen der Wegepflasterung.

Im regelmäßig tagenden Kinderbeirat machen sich die Kinder zudem Gedanken darüber, wie der spätere Betrieb des Super-Spaß-Zeltens oder die Eröffnungsfeier im Sommer aus ihrer Sicht aussehen können.

Bernd Brunner, Moabiter Ratschlag e.V./
Leiter Otto-Spielplatz

Anm. d. Red.:

Herr Brunner hat recht. Zur Bebilderung des benannten Artikels haben wir, weil sich zu diesem Zeitpunkt kein interessantes aktuelles Foto der künftigen Baustelle anbot, auf eine Archivaufnahme unseres Fotografen zurückgegriffen. Sollte es dadurch zu Irritationen bei Leserinnen und Lesern gekommen sein, bitten wir um Entschuldigung.



Neuer Anlauf für die Lübecker Straße

Mehr Grün und Versickerungsflächen sowie bessere Aufenthaltsqualität vorgesehen

Die Pläne zur Umgestaltung der Lübecker Straße haben eine lange Vorgeschichte: Man muss im Archiv schon sehr weit zurückblättern, um die erste Planungswerkstatt mit Anwohnerinnen und Anwohnern zum Thema zu finden (sie fand ziemlich genau vor sieben Jahren statt). Dann wurde das Projekt immer wieder verschoben: wegen Corona, Kapazitätsproblemen beim Straßen- und Grünflächenamt und anderen Hindernissen. Vergessen ist es aber nicht: Nach wie vor soll die Lübecker Straße zumindest im Abschnitt zwischen Perleberger Straße und Turmstraße umgebaut und zu einem »Leuchtturmprojekt für blau-grüne Infrastruktur in Moabit« werden. Und auch die umfangreiche Bürgerbeteiligung damals war nicht umsonst, sondern dient als Grundlage für das weitere Verfahren. Allerdings sind zwischenzeitlich mit dem Berliner Mobilitätsgesetz und den »Bestimmungen zur Begrenzung von Regenwassereinleitung bei Bauvorhaben« neue Vorgaben zu beachten, dass Konzept muss entsprechend angepasst und aktualisiert werden.

Die Lübecker ist die einzige baumlose Straße im Gebiet, unversiegelte Flächen zur Regenwasserversickerung fehlen fast vollständig, an den Fahrbahnrandern parken etliche PKW (längs). Die überdimensionierte Fahrbahnbreite entspricht nicht der Funktion der Lübecker als Wohn- und Anliegerstraße, außerdem fehlen Querungshilfen für den Fußverkehr und Straßenbegleitgrün. Diese Defizite sollen nun mit der Neugestaltung behoben werden.

Die Planungsleistungen für den Neubau der Lübecker Straße wurden im Herbst 2024 beschränkt ausgeschrieben und vergeben. Das Planungsbüro gruppe planwerk hat den Zuschlag erhalten. Im Dezember fand die erste Projektrunde mit dem beauftragten Planungsbüro, dem bezirklichen

Straßen- und Grünflächenamt, dem Stadtentwicklungsamt und dem Büro KoSP als Prozesssteuerer im Fördergebiet statt, im Februar folgte ein Planungsworkshop. Dabei wurden der Stand der bisherigen Abstimmungen, insbesondere mit den Berliner Wasserbetrieben, erste Ideen und der weitere Ablauf der Planungen besprochen. Aktuell sieht der Zeitplan vor, dass die prüffähige Bauplanungsunterlage (BPU) im 2. Quartal 2026 vorliegt und der Bau im 3. Quartal 2027 beginnen soll.

Auch eine neue Bürgerbeteiligung ist geplant: In der Vorwurfsphase soll eine Beteiligung sowohl online über mein.berlin.de als auch in Form einer Veranstaltung (voraussichtlich im Frühsommer) stattfinden. Dabei sollen unterschiedliche Entwurfsvarianten vorgestellt und diskutiert werden. us

Nächster Schritt zum »Campus Bredowstraße«

Neubau soll Wolfgang-Scheunemann-Haus ersetzen

Der »Campus Bredowstraße« geht in die nächste Planungsphase! Nach mehreren Planungswerkstätten und Projektrunden sowie einer mehrstufigen Kinder- und Jugendbeteiligung wurde nun nach einer Ausschreibung das Büro ff Architekten mit der Erarbeitung der Bedarfsplanung beauftragt. Hier sollen die Grundlagen des Projekts (etwa der Bedarf des Maßnahmenträgers sowie der zukünftigen Nutzerinnen und Nutzer) erarbeitet und die voraussichtlichen Kosten ermittelt werden.

Der Campus soll in der Bredowstraße 31/32 entstehen, wo sich bislang das Wolfgang-Scheunemann-Haus mit dem »Bredow-Treff« befindet. Es ist die größte gebietsversorgende Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung in Moabit – bis zu 90 Kinder und Jugendliche verbringen hier pro Tag ihre Freizeit. Doch das Gebäude ist in die Jahre gekommen: Das von vornherein als Begegnungsstätte für Jugendliche konzipierte Haus wurde 1961, also vor über 60 Jahren eingeweiht. Eine bauliche und energetische Sanierung kam nicht mehr in Frage, weil sich damit kein zeitgemäßer Städtebau und keine adäquate Grundstücksausnutzung verwirklichen ließe. Das Bezirksamt Mitte hatte daher beschlossen, den Standort zu einem Campus weiterzuentwickeln, auf dem neben Freizeit- und Sportmöglichkeiten auch umfassende Hilfs-, Beratungs- und Förderungsangebote für Kinder und Jugendliche Platz finden sollen. Geplant wird ein sechsgeschossiger, den Blockrand schließender Neubau, der Jugend-, Bildungs-, Kunst-, Sozial- und Nachbarschaftsangebote unter einem Dach vereint.

Die Erarbeitung eines Bedarfsprogramms ist die Voraussetzung für die Aufnahme des Vorhabens in die bezirkliche Investitionsplanung und wird aus Mitteln des Förderprogramms »Lebendige Zentren und Quartiere« finanziert. Die Kosten für Abriss, Neubau und Ausstattung werden derzeit grob auf ca. 49 Mio. € beziffert.

Mehr Informationen zum geplanten Projekt finden Sie auf der Gebietswebsite unter www.turmstrasse.de/projekte/campus-bredowstrasse us

Freibad in Sicht

Das Stadtbad Tiergarten bekommt endlich wieder ein Außenbecken

Nach der Schließung des Sommerbades am Poststadion im Jahr 2002 haben viele engagierte Moabiterinnen und Moabiter lange Jahre dafür gekämpft, endlich wieder ein Freibad zu bekommen. Über 20 Jahre später ist es endlich so weit: Nach der Sanierung des Stadtbades Tiergarten, das im letzten Jahr wiedereröffnet wurde, steht nun auch der Baustart für ein Außenbecken fest: Losgehen soll es sogar schon Ende Februar/Anfang März. Das jedenfalls teilte die Senatsverwaltung für Inneres und Sport dem Abgeordneten Taylan Kurt (Bü90/Grüne) mit. Das neue Moabiter Freibad soll dann schon 2026 eröffnen. Ursprünglich war der Baustart für das Außenbecken schon für den Sommer 2024 vorgesehen, doch dann hatten die Berliner Bäder Betriebe das Projekt noch einmal verschieben müssen.

Geplant sind ein 25-Meter-Schwimmbekken mit einer Ausbuchtung für Massagedüsen, eine Liegewiese und eine Sonnenterrasse, Duschen und Umkleiden. Für Kinder wird ein Planschbecken mit Wasserspielgeräten gebaut. Das Bad soll über einen eigenen Eingang erreichbar sein.

Hinter dem Stadtbad Tiergarten in der Seydlitzstraße 7 befand sich seit den 1920er Jahren ein Sommerbad mit 50-Meter-Bahnen und Sprungturm. 1952 wurde es nach einer Sanierung neu eröffnet, bereits 1950 war die sanierte Schwimmhalle wieder in Betrieb genommen worden. 50 Jahre später, im Jahr 2002, wurde das sanierungsbedürftige Bad geschlossen, weil den Bädernbetrieben die Modernisierungskosten zu hoch waren. Damals steckte das Land Berlin nach dem Berliner Bankenskandal in einer großen Finanzkrise, die Sparmaßnahmen trafen öffentliche Einrichtungen besonders hart.

Ein Vierteljahrhundert später können sich die Moabiter und Moabiterinnen wieder auf Freibadspaß freuen. us



LESER-ECKE

Liebe Damen und Herren,

ich lebe seit ca. 25 Jahren im Spreebogen und sehe von meiner Wohnung aus seit ca. 8 Jahren 12 bis 15 leerstehende Wohnungen; wenn ich mir das Klingelschild der Krefelder Str. 10 anschau, scheinen diese Wohnung zu diesem Gebäudekomplex zu gehören. Ich wünsche mir, dass auch andere Bewohnerinnen des Bezirks ähnliche Beobachtungen melden und dass die im Bezirksamt regierenden Parteien Kontakt mit den jeweiligen Eigentümerinnen aufnehmen. Ein unhaltbarer Zustand, wo »alle Welt« nach mehr Wohnungen und »Bauen! Bauen! Bauen« ruft – was u.a. zu weiterer Oberflächenversiegelung der Landschaft führt. Ich bitte, meinen Namen nicht in der Öffentlichkeit zu verbreiten.

PS: Ich werde persönlich in den nächsten Wochen die zuständigen Parteibüros im Bezirk besuchen.

(Der Name des Absenders ist der Redaktion bekannt.)

Berlin – die Stadt am Wasser

In Berlin waren die Feiertage über Weihnachten und Silvester auch ein Festival der Rohrbrüche: Kurz vor Weihnachten bildete ein Wasserrohrbruch in Spandau an der Ecke Brunsbütteler Damm / Magistratsweg den Auftakt, es folgte am Morgen des 25. Dezember eine gebrochene Frischwasserleitung an der Levetzowstraße Ecke Gotzkowskystraße in Moabit (siehe Foto). Das große Finale gab es schließlich in der Silvesternacht, als im Wedding an der Seestraße / Guineastraße ein 100 Jahre altes Versorgungsrohr brach, die Kreuzung überflutete und dafür sorgte, dass in mehreren Berliner Stadtteilen Tausende Haushalte zeitweise kein Wasser mehr hatten.

An der Gotzkowsky-/Levetzowstraße war die Wasserleitung auch noch unter einer Ampel gebrochen, was in der Folge für eine gefährliche Verkehrssituation insbesondere für den Fuß- und Radverkehr sorgte (immerhin: die Ampel funktioniert schon wieder). Die Reparatur ist aufwändig: Der »Checkpoint Tagesspiegel« erfuhr dann von den Berliner Wasserbetrieben, welche »Träger öffentlicher Belange« im Zuge der Reparatur beteiligt werden müssen: Die Liste umfasst sage und schreibe 23 Ämter und Institutionen. Wir zitieren: »Straßen- und Grünflächenamt im Bezirksamt Mitte (2 Abteilungen), Senatsverwaltung für Verkehr, BVG, Polizeipräsidium, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, IT-Dienstleistungszentrum des Landes, Feuerwehr, Stromnetz Berlin GmbH, NBB Netzgesellschaft (Gas), GB InfraSignal GmbH (Ampeln), Berliner Energie und Wärme GmbH (Fernwärme), BSR, Wall, Cito Networks, DNS-Net Internet Services, Telekom, NGN Fiber Network, 1&1 Versatel, Pyur, eu Networks, Vodafone (2 Unternehmensteile).« us

Wir machen fifty-fifty«

Auch 2025 steht der Gebietsfonds zur Förderung kleiner Investitionsvorhaben bereit

Sie wollen kleinere Investitionen an Ihrem Geschäft vornehmen, die auch die Attraktivität der Geschäftsstraße steigern? Der Gebietsfonds fördert Maßnahmen zur Gestaltung des öffentlichen Raums (Stadtbildpflege), kleinere Baumaßnahmen und Investitionen an und in Gebäuden sowie Marketing- und Öffentlichkeitsarbeit im Förder- und Sanierungsgebiet Turmstraße. Die Aufwertung einer Ladenfront, Außengastronomie, Wandgestaltungen, eine Begrünung vor dem Geschäft – solche und ähnliche Ideen werden durch den Gebietsfonds unterstützt.

Dabei werden 50% der Projektkosten übernommen, die andere Hälfte der Kosten bringen die Antragsteller durch einen Eigenanteil ein, auch Kofinanzierungen durch Sponsoring oder Kooperationen sind dabei möglich. Insgesamt stehen im Gebietsfonds 2025 10.000 Euro zur Verfügung. Anträge können das ganze Jahr über gestellt werden. Über die Mittelvergabe entscheidet eine Jury lokaler Akteure.

Mehr unter www.turmstrasse.de/projekte/gebietsfonds

»Frauenmärz«: Vortrag und Lesung

Im Vorfeld des Internationalen Frauentages sprechen die Historikerinnen Heike Stange und Trille Schünke-Bettinger in der Dependance des Mitte Museums über Frauen, die Widerstand gegen den Nationalsozialismus geleistet haben. Im »FrauenMärz« wird auf diese Weise an historische Vorbilder erinnert, die zum Kampf um die Gleichberechtigung der Frauen beigetragen haben.

Rosa Lindemann (1876–1958) und Ottilie Pohl (1867–1943) waren Kommunalpolitikerinnen in der Weimarer Republik und ab 1933 in der Widerstandsbewegung gegen den Nationalsozialismus in Moabit aktiv.

Rosa Lindemann war 1920/21 und 1932/33 Abgeordnete für die KPD in der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin, zugleich war sie in den 1920ern und Anfang der 1930er Jahre Bezirksverordnete in Tiergarten. Ottilie Pohl war Berliner Stadtverordnete der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) im Wahlbezirk Tiergarten und später Mitglied in der KPD.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten engagierten sich beide Frauen in einer Widerstandsgruppe in Berlin-Tiergarten gegen das NS-Regime. Rosa Lindemann überlebte die Zeit des Nationalsozialismus und starb 1958 in einem Altersheim in der DDR. Ottilie Pohl wurde deportiert und starb 1943 an den unmenschlichen Lebensbedingungen im Ghetto Theresienstadt.

Lesung und Vortrag am Di, 4. März, 17 Uhr, Dependance des Mitte-Museums im Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin
Keine Anmeldung erforderlich, Eintritt frei.

5. + 6. März: BSR-Kieztage in Moabit

Das Bezirksamt Mitte bietet auch in diesem Jahr zusammen mit der Berliner Stadtreinigung (BSR) und den Stadtteilkoordinationen wieder BSR-Kieztage zur mobilen haushaltsnahen Entsorgung von Sperrmüll und anderen Wertstoffen an. Dabei können private Haushalte kostenfrei Sperrmüll, Elektroaltgeräte und Alttextilien abgeben. Ein integrierter Tausch- und Verschenk-Markt bietet zudem die Möglichkeit, »alte Schätze«, also gut Erhaltenes, aber nicht mehr Benötigtes weiterzugeben oder vielleicht auch fündig zu werden. Was am Ende des Tages keine neuen Besitzer gefunden hat, erhält die »NochMall« – das Gebrauchtgüterkaufhaus der BSR in Reinickendorf.

In Moabit finden die nächsten Kieztage an folgenden Terminen und Orten statt:

Mi, 05. März: 13–18 Ottostraße 3–7 und im Ottopark gegenüber (10555 Moabit)

Do, 06. März: 13–18 Uhr, Klara-Franke-Straße 1 (10557 Moabit)

Als Ergänzung zur Sperrmüll-Abholung und den stationären BSR-Recyclinghöfen bietet dieser mobile Service einen guten Anlass, Keller und Dachboden zu entrümpeln. Zugleich soll damit illegalen Müllablagerungen im öffentlichen Raum vorgebeugt werden.

Loswerden können Sie beim BSR-Kieztage: Sperrmüll, Alt Holz, Matratzen, Elektrogeräte, Alttextilien sowie gut Erhaltenes für den Tausch- und Verschenkmarkt. Nicht angenommen werden: Altreifen, Lacke, Farben, Bauschutt, Batterien, Alt-Medikamente und kontaminiertes Holz – diese müssen gesondert bzw. auf einem Recycling-Hof entsorgt werden. us

Alle Informationen zu den BSR-Kieztagen (auch in anderen Berliner Ortsteilen) finden Sie auf der Website www.bsr.de



Ch. Eckelt

Leuchtturm in weiter Ferne

In der Turmstraße 75 gibt es ein neues Gymnasium – aber was ist mit dem Vorderhaus?

Seit Februar heißt das neue 13. Gymnasium in der Turmstraße 75 offiziell Rosalind-Franklin-Gymnasium. Die weiterführende Schule war erst im Spätsommer letzten Jahres am Standort Turmstraße 75 gegründet worden und startete mit vier 7. Klassen in das Schuljahr 2024/25 – mit vorerst 105 Schülerinnen und Schülern. Insgesamt wird es dort sechs Jahrgangsstufen geben, ab dem nächsten Schuljahr kommen jährlich vier neue Klassen hinzu.

Benannt wurde das neue Gymnasium nach der britischen Biochemikerin Rosalind Franklin (1920–1958). Die Forschungen der herausragenden Wissenschaftlerin legten die Grundlagen für die Aufklärung der Struktur der DNA-Doppelhelix und damit für die moderne Naturwissenschaft. Ihre kurze Lebensgeschichte spiegelt aber auch die enorme Diskriminierung wider, der Frauen in der Wissenschaft ausgesetzt waren.

Naturwissenschaften und Forschung spielen auch im geplanten Schulprofil eine wichtige Rolle: Das Schulprofil setzt sich aus den drei Säulen MINT+, Klimabildung und soziales Engagement zusammen. Das Gymnasium belegt das hintere Gebäude der Turmstraße 75, in dem bislang das Berlin-Kolleg angesiedelt war. Um ausreichend Räumlichkeiten für das neue Gymnasium bereitzuhalten, hatte das Bezirksamt Mitte die Verlagerung des hiesigen Berlin-Kollegs an den Standort in Tempelhof-Schöneberg zum Schuljahr 2025/2026 beschlossen, weil auch die Zahl der Kollegiaten stark gesunken waren.

Brüder-Grimm-Haus: »Leuchtturm für Bildung und Kultur«

Und das Vorderhaus der Turmstraße 75, war da nicht auch mal was? Genau: Das ist aber schon ein paar Jahre her – vor neun Jahren wurde in einem breiten öffentlichen Beteiligungsprozess diskutiert, wie das »Brüder-Grimm-Haus« zu einem modernen, offenen Bildungs- und Kulturzentrum umgebaut werden könnte. Schon lange ist das Haus für viele im Gebiet ein wichtiger Ort, unter dessen Dach viele Kultur- und Bildungseinrichtungen arbeiten. Doch das Gebäude ist sanierungsbedürftig, verwinkelt und verbaut und kann deshalb nicht optimal genutzt werden. Daher gehörte die Entwicklung des Standorts zu einem »Leuchtturm für Bildung und Kultur« seit dem Start des Sanierungs- und Fördergebiets 2011 zu den großen Vorhaben im Gebiet. Und im Jahr 2016 sah mit dem groß angelegten Beteiligungsverfahren und der ambitionierten Konzeptentwicklung durch die Arbeitsgemeinschaft »STATTBAUPiloten« alles noch sehr hoffnungsvoll aus. Aber weil das bezirkliche



Ch. Eckelt

Amt für Weiterbildung und Kultur, in dessen Trägerschaft sich das Brüder-Grimm-Haus befindet, damals alle Hände voll u.a. mit der Sanierung der VHS im Wedding zu tun hatte und die Kapazitäten nicht ausreichten, verschwanden die Pläne wieder in der Schublade.

Die Stadtteilvertretung Turmstraße will das Thema aber nicht einfach auf sich beruhen lassen und konnte nun fürs erste einen Besichtigungstermin für das Haus vereinbaren – wir berichten in unserer nächsten Ausgabe. us

Perspektiven für den Gedenkort Güterbahnhof Moabit

Am 6. Februar wurden die Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie zur Weiterentwicklung des Gedenkorts Güterbahnhof Moabit im Dokumentationszentrum der »Topografie des Terrors« vorgestellt.

Das Bezirksamt Mitte hatte die Bürogemeinschaft LOKATION:S GmbH, glaßer und dagenbach Garten- und Landschaftsarchitekten GbR und m.o.l.i.t.o.r. GmbH beauftragt, Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des Gedenkorts zu untersuchen. Die Erarbeitung der Machbarkeitsstudie erfolgte in einem kooperativen Verfahren gemeinsam mit den Mitgliedern des Runden Tisches zur Weiterentwicklung des Gedenkorts Güterbahnhof Moabit, den Eigentümern der benachbarten Grundstücke sowie weiteren interessierten Personen.

Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger: »Als Bezirksamt haben wir diese Machbarkeitsstudie auf den Weg gebracht, mit der Hoffnung verbunden, dem Ort und der Geschichte des größten Deportationsbahnhofs des nationalsozialistischen Regimes in Berlin endlich ein angemessenes Gewicht innerhalb der Gedenkkultur des Landes Berlin zu geben. Dies ist umso wichtiger vor dem Hintergrund aktueller politischer Debatten und zunehmendem Antisemitismus, Rassismus sowie Migrations- und Fremdenfeindlichkeit.«

Im Januar ging die neu entwickelte Website des Gedenkorts Güterbahnhof Moabit online. Dort finden sich ausführliche Informationen zur Geschichte des Deportationsbahnhofs, zur Weiterentwicklung des Standorts, zum Besuch der Gedenkstätte sowie zu Bildungsangeboten und Gedenkveranstaltungen: www.ggbm.berlin



Galerie Nord

»Gravity's Rainbow«

Neue Ausstellung in der Galerie Nord

Die Gruppenausstellung Gravity's Rainbow zeigt zwölf aktuelle künstlerische Positionen, die aus heutiger Perspektive Malerei inner- und außerhalb der klassischen Bildgrenzen untersuchen: vom Tafelbild über Wandobjekte bis hin zu farbigen Skulpturen und ortsspezifischen Installationen. Die Künstlerinnen und Künstler verhandeln auf verschiedene Weise Parameter der Malerei wie Bildfläche, Bildträger, Materialität, Räumlichkeit und Oberfläche.

In Auseinandersetzung mit dem Ausstellungsraum und seinem sozialen und gesellschaftlichen Kontext werden Arbeiten entwickelt, die auf die ortsspezifischen Gegebenheiten der Galerie reagieren. Durch die Verschränkung von Stadtraum und Kunstraum wird eine Verschiebung der Wahrnehmung bewirkt, die nach dem Verhältnis von Kunst und Wirklichkeit fragt.

Der Titel ist Thomas Pynchons Roman »Gravity's Rainbow« (dt. Titel: »Die Enden der Parabel«) entliehen. Er verweist auf Aspekte wie Perspektivwechsel, Verschiebungen der Wahrnehmung sowie das Wechselspiel zwischen Wirklichkeit und Fiktion.

Ausstellung bis 22. März, Galerie Nord, Turmstraße 75, geöffnet Di–Sa 11–19 Uhr, Eintritt frei
Gespräch mit den Künstlerinnen und Künstlern:
Mi 5. März, 19 Uhr
Rundgang mit den Kuratorinnen: Mi 19. März, 19 Uhr

Kino für Moabit

Am Mittwoch, dem 26. Februar lädt das KINO für MOABIT zum ersten Mal zu einem neuen Format ein: »Kino & Speise«, es gibt einen Film und dazu eine Snackauswahl. Start ist um 19 Uhr im italienischen Lokal »Riviera« in der Jagowstraße 26 und gezeigt wird der italienische Spielfilm »Il Postino« (Der Postmann) von 1994 (108 min, OmU). Er erzählt, ausgehend von dem Roman »Brennende Geduld« von Antonio Skármeta, die (fiktive) Geschichte der Freundschaft des Dichters Pablo Neruda mit einem Postboten, der die Poesie kennen lernt und seine große Liebe findet.

Zum Film gibt es eine kleine Auswahl italienischer Snacks, von Küchenchefin Mirca persönlich zubereitet, sowie Wasser mit Salbei und Zitrone. Teilnehmen kann nur, wer sich per Mail an info@kinofuermoabit.de verbindlich anmeldet. Die Plätze sind knapp, also schnell entschließen! Und im Fall von Verhinderung unbedingt wieder absagen! Der Eintritt inkl. Snacks beträgt 12 Euro, zusätzliche Getränke auf Spendenbasis.

Außerdem führt die Kino-Initiative die Kinocafé-Filmreihe »Frauen in der DDR« weiter: Am 14. März wird in der Zunftwirtschaft der Film »Alle meine Mädchen« gezeigt (DDR 1980, R: Iris Gusner, 86 min). Und am 27. März ist Kino für Moabit zu Gast bei den nhs Architekten mit dem Film »Squaring the Circle« (2024, Anton Corbijn). Näheres zu den letztgenannten Veranstaltungen erfahren Sie unter moabiter-filmkultur.de

»Mut und Widerstand«

Veranstaltungen zum 80. Todestag von Dietrich Bonhoeffer

Der evangelische Theologe Dietrich Bonhoeffer (geb. 1906 in Breslau) war einer der wichtigsten Vertreter des christlichen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Nach 1933 wurde er als Mitarbeiter der Bekennenden Kirche zu einem führenden Theologen der kirchlichen Oppositionsbewegung. Infolge des gescheiterten Attentats auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 wurde brisantes Material entdeckt, das gegen Bonhoeffer verwendet wurde. Auf ausdrücklichen Befehl Hitlers wurde er als einer der letzten NS-Gegner, die mit dem Attentat in Verbindung gebracht wurden, hingerichtet. Bonhoeffer starb am 9. April 1945 im KZ Flossenbürg – nur einen Monat vor Kriegsende.

80 Jahre danach erinnert die Evangelische Kirchengemeinde Tiergarten mit dem Projektjahr »Mut und Widerstand« an den Theologen und Widerstandskämpfer Dietrich Bonhoeffer, der mit seinem mutigen Handeln gegen den Nationalsozialismus tief in Kirche und Gesellschaft hineinwirkte. Im Rahmen dieses Projektjahrs finden unterschiedliche Veranstaltungen u.a. im Meerbaum-Haus (Siegmonds Hof 20, Tiergarten) und in der Heilandskirche statt. U.a. gibt es anlässlich des 80. Todestags am 9. April eine Orgel-andacht mit Werken von J. S. Bach in der Heilandskirche. Im Meerbaum-Haus erinnert noch bis Juli eine Ausstellung an Bonhoeffers Leben und Wirken.

Mehr Informationen unter www.ev-gemeinde-tiergarten.de

Sicher zur Schule

Schulische »Mobilitätsgremien« einrichten!

Im Bezirk Mitte existiert seit Februar 2024 die »Arbeitsgemeinschaft Schulwegsicherheit«, in der sich vierteljährlich das Schul- und Sportamt, das Straßen- und Grünflächenamt sowie das Ordnungsamt über die Verbesserung der Sicherheit auf Schulwegen austauschen. Eltern können sich über schulische »Mobilitätsgremien« an diese AG wenden.

Die Einschulungsbereiche der Grundschulen im Bezirk Mitte ändern sich – und damit auch die Schulwege der Kinder. Zuletzt etwa wurde in der Nördlichen Luisenstadt die neue Grundschule in der Adalbertstraße eröffnet. Im Wedding bezog die leidgeprüfte Mówensee-Grundschule ein neues Domizil in der Reinickendorfer Straße. Schon etwas länger gibt es die neue »Grundschule am Nordhafen«, unter anderem für die Schulkinder aus der neuen Europa-City in Moabit. Dazu wurden die Kapazitäten von etlichen bestehenden Grundschulen mit Hilfe »Mobiler Erweiterungsbauten« aufgestockt. Deshalb ändern sich die Einzugsbereiche vieler Grundschulen grundsätzlich. Und oft stellen sich jetzt neue Fragen zur Schulwegsicherheit.

Zum Beispiel an der Köpenicker Straße unweit der neuen Grundschule Adalbertstraße. An der Ecke von Adalbert- und Köpenicker Straße liegt das »A&O-Hostel Berlin-Mitte«. Das zählt zwar nicht zu den berühmten Berliner Hotels, da es überwiegend aus Vier- bis Sechsbettzimmern besteht, ist es aber dennoch eines der meistbesuchten der Stadt. Und weil es vor allem von Schulklassen auf Klassenfahrt angesteuert wird, drängeln sich vor dem Hotel häufig Reisebusse und verursachen ein sehr spezielles Verkehrschaos.



Ch. Eckert

Für Schulkinder ist das mit Risiken verbunden: Hinter einem großen Reisebus sind sie nämlich praktisch unsichtbar. Aber zur nächsten Ampel über die Köpenicker Straße sind es von der Einmündung der Adalbertstraße aus gut 250 Meter. Um zur Bushaltestelle auf der anderen Straßenseite zu gelangen, müssen die Kinder diesen Weg zweimal machen, also einen Umweg von mehr als einem halben Kilometer gehen. Eine Ampel an dieser Stelle wäre dringend erforderlich – bevor sich ein tragischer Unfall ereignet. Auf die Warnungen der Betroffenenvertretung des Sanierungsgebiets Nördliche Luisenstadt hat die zuständige Senatsverwaltung für Verkehr (SenMVKU) jedoch bislang noch nicht reagiert.

Der Bezirk rät jetzt besorgten Eltern in diesem und in vergleichbaren Fällen, einerseits dem Ordnungsamt Hinweise zu geben. Mit Hilfe der berlinweiten App »Ordnungsamt Online« kann man die Gefahrenstelle benennen, sie auf einer Karte markieren und sie gegebenenfalls fotografisch dokumentieren. Das Ordnungsamt sammelt die Fälle und bringt sie in die bezirkliche AG Schulwegsicherheit ein. Andererseits empfiehlt das Bezirksamt, die schulischen Mobilitätsgremien in Anspruch zu nehmen. §17 des Berliner Mobilitätsgesetzes schafft dafür die rechtliche Grundlage: »An allen Schulen, an denen es Hinweise auf Probleme mit der Schulwegsicherheit gibt, sollen Gremien für Mobilität geschaffen werden,« so heißt es im Absatz (5) und weiter: »Bei der Prüfung von Vorschlägen der Gremien durch zuständige Stellen des Landes Berlin ist in Abwägungsentscheidungen der Schulwegsicherheit grundsätzlich die höchste Priorität einzuräumen.« Die Mobilitätsgremien sollen aus Schülerinnen und Schülern, Eltern und Schulpersonal bestehen, sich bei Bedarf vernetzen und »relevante Akteure« einbinden. Sie sind also ausdrücklich dazu aufgefordert, auch über die Schulbürokratie hinweg aktiv zu sein.

Seit dem 20. Dezember sind zudem die Schulwegpläne des Bezirks Mitte auf der Homepage des Schulamtes »Sicher zur Schule« online. Hier finden sich kindgerecht aufbereitete Umgebungspläne vieler Grundschulen, allerdings nicht aller (die Nördliche Luisenstadt scheint da gar nicht zu existieren), zudem sind sie in der Regel veraltet. Sie zeigen meist den Zustand von 2021, seitdem wurden die meisten Schulbereiche aber grundsätzlich neu zugeschnitten. Und in vielen Kiezen ist auch verkehrlich einiges passiert: So wurden zum Beispiel »Kiezblocks« eingerichtet und neue Fahrradstraßen markiert, die in den Karten nicht eingetragen sind. Man kann sich die Pläne aber dennoch sehr gut zusammen mit seinen Kindern betrachten und dabei über deren Erfahrungen auf dem Schulweg reden. Der Pfad zu »Sicher zur Schule« findet sich auf www.berlin.de unter Mitte > Politik und Verwaltung > Ämter > Schul- und Sportamt > Schule. cs



Unter deutscher Verwaltung

Mitte internationalisiert sich rasant – die Verwaltung hinkt noch hinterher

Berlin-Mitte ist längst ein internationaler Bezirk. Deutlich mehr als die Hälfte der Einwohner hat einen persönlichen Migrationshintergrund, stammt also entweder selbst aus dem Ausland oder hat zumindest einen Elternteil, der eingewandert ist. Gut 37 % der Einwohner in unserem Bezirk besitzen keine deutsche Staatsbürgerschaft, etwa 20 % sind eingebürgerte Deutsche oder deren direkte Nachkommen – und nur von etwa 42 % der Bevölkerung in Mitte haben beide Elternteile seit ihrer Geburt eine west- oder ostdeutsche Staatsbürgerschaft.

In der Verwaltung des Bezirks arbeiten dagegen nach wie vor ganz überwiegend Deutsche ohne Migrationshintergrund. Nach den Ergebnissen einer Befragung von Mitarbeitenden der Berliner Verwaltung im vergangenen Jahr haben bislang nur 23,8 % der insgesamt 3326 Beschäftigten des Bezirks Mitte den besagten migrantischen Hintergrund. Der Wert liegt dabei nur geringfügig über dem Durchschnittswert der Berliner Verwaltung (21,7 %). Mit 57,8 % verfügt Mitte dagegen über einen größeren Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund als jeder andere Bezirk und jede Kommune in Deutschland. Lediglich Hamburg-Mitte kommt uns mit 55 % noch nahe. Auch in Berlin-Neukölln bilden Menschen mit Migrationshintergrund mit 50,7 % noch die Mehrheit, Friedrichshain-Kreuzberg liegt nach den aktuellen Daten der Einwohnermeldestatistik knapp unter dieser magischen Schwelle.

Seit 2014 ist die Zahl der im Bezirk Mitte gemeldeten Menschen ohne deutschen Pass um etwa 41.000 angestiegen,

die der Einwohner mit deutscher Staatsbürgerschaft dagegen um etwa 2000 gefallen – und das, obwohl hier zum Teil deutlich mehr als 1000 Personen pro Jahr neu eingebürgert werden. Dabei zeigt sich einmal mehr: Wer neu nach Berlin zieht, der wohnt am liebsten zunächst in zentralen Bereichen der Stadt. Erst später, wenn man Orientierung gewonnen, seine Lebensverhältnisse stabilisiert und einen festen Arbeitsplatz gefunden hat, sucht man sich einen Lebensort in der Außenstadt oder im Umland. An diesem Muster hat sich grundsätzlich wenig geändert – wohl aber die Herkunftsgebiete der Menschen, die neu nach Berlin ziehen. So kamen in den 2000er Jahren noch etwa zwei Drittel der neuen Bewohner von Mitte aus anderen deutschen Bundesländern. Jetzt, in den 2020er Jahren, sind es weniger als ein Drittel. Und der Rest kommt von immer weiter her: Zwischen 2012 und 2018 wuchs Berlin vor allem aufgrund des Zuzugs aus anderen EU-Ländern. In diesem Zeitraum schnellte die Gesamtzahl der EU-Bürger in Berlin um 46 % in die Höhe. Seitdem aber stagniert dieses Wachstum, es ziehen inzwischen fast genauso viele EU-Bürger aus Berlin weg wie hier neu ankommen. Viele EU-Staaten kämpfen nämlich mit ähnlichen demografischen Problemen wie Deutschland. Auch dort gehen die »Babyboomer« in Rente und können von den zahlenmäßig wesentlich schwächeren »Millennials« nicht ersetzt werden. Die stärkste Zuwanderung nach Berlin kam 2023 aus der Ukraine (fast 12.000), gleichzeitig kehrten aber auch mehr als 6000 Personen wieder dorthin zurück. Unterm Strich wuchs die ukrainische Bevölkerung Berlins um etwa 5.500. Die stärkste Netto-Zuwanderung kam 2023 dagegen aus der krisengeschüttelten Türkei (7.300) und die zweitstärkste aus Indien (6.000), mit dem im März 2023 ein Migrationsabkommen in Kraft getreten war. Ähnliche Partnerschaften wurden seitdem mit zahlreichen Ländern auf unterschiedlichen Kontinenten vereinbart: Kolumbien, Marokko, Kenia, Usbekistan, Ghana, Georgien und Moldau. Mit den Philippinen und mit Kirgisistan wird aktuell verhandelt.

Man kann also davon ausgehen, dass auch in den kommenden Jahren wieder Menschen aus allen Kontinenten zu uns kommen werden. Für seine Verwaltung sucht der Bezirk Mitte deshalb mit besonderem Nachdruck neue Mitarbeitende mit Migrationshintergrund. Aber natürlich sind dafür sehr gute Deutschkenntnisse Voraussetzung, bei Beamten sogar eine EU-Staatsbürgerschaft. In der Wirtschaft ist man flexibler, im IT-Bereich etwa spricht man fast überall inzwischen regulär Englisch am Arbeitsplatz. Möglicherweise müssen sich irgendwann auch Teile der Verwaltung diesem Trend anpassen. An den Hochschulen hat dieser Prozess schon begonnen, hier werden auch immer mehr Lehrveranstaltungen auf Englisch abgehalten. Vielleicht gibt es irgendwann auch »English speaking counters« in den Bürgerämtern. Oder »offices« im Stadtplanungsamt? Denn auch die Investoren kommen ja zunehmend aus dem Ausland. cs

Vandalen gegen Parkraumbewirtschaftung

Bedrohung nicht nur durch Böller, sondern auch durch fragwürdige politische Vorstöße

Rund um den Jahreswechsel sind im Bezirk Berlin-Mitte 30 Parkscheinautomaten durch Feuerwerkskörper beschädigt worden. Die Schadenssumme beläuft sich dabei auf rund 50.000 Euro. Das ist deutlich mehr als im Jahr zuvor: um Silvester 2023/24 waren insgesamt 20 Parkscheinautomaten zu Schaden gekommen. Die meisten Parkscheinautomaten wurden in Moabit, Gesundbrunnen und Wedding zerstört. Täter konnten bislang nicht ermittelt werden.

Seit einigen Jahren sichert das Ordnungsamt die Parkscheinautomaten rund um den Jahreswechsel gegen Vandalismus. So werden die Münzschlitze durch eine Fernschaltung verriegelt und teilweise auch die Kartenleser mit einem gesonderten Schutz versehen. Ein flächendeckender Silvesterschutz würde aber rund 100.000 Euro kosten – dazu sind keine Mittel im Haushalt des Bezirks vorgesehen. Der Bezirk hat zwar auch beträchtliche Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung. Dabei spülen vor allem die hohen Parkscheingebühren und die Einnahmen durch »Knöllchen« Geld in die Bezirkskassen. Nach Angaben des rbb hat der Bezirk Mitte nach Abzug der Kosten im vergangenen Jahr rund 25 Millionen Euro durch die Parkraumbewirtschaftung eingenommen. Allerdings vermeldete er in einem anderen Zusammenhang, dass die Gebühreneinnahmen durch die Parkvignetten nicht ausreichten, um die dabei entstehenden Verwaltungskosten zu decken.

Parkvignetten weiterhin fast umsonst

Die Vignetten kosten derzeit für Anwohnende in Berlin 10,20 Euro pro Jahr – nirgendwo sonst in Deutschland sind sie auch nur annähernd so preisgünstig. Meist werden jährlich rund 30 Euro erhoben, in manchen Kommunen sogar schon über 200 Euro. Trotz der extremen Haushaltskrise der Stadt und trotz anderslautender Vereinbarungen im Koalitionsvertrag macht der Berliner Senat bislang aber noch keine Anstalten, die Gebühren für die Parkvignetten zu erhöhen.

Dabei stehen die beinahe kostenfreien Parkplätze für Anwohnende auf öffentlichem Straßenland in einem krassen Missverhältnis zu den Kosten, die Hauseigentümer für den Unterhalt von Tiefgaragen und Parkdecks aufbringen müssen. Über mehr als ein halbes Jahrhundert hinweg, zwischen 1939 und 1997, waren sie gesetzlich dazu gezwungen, beim Neubau von Wohnungen Pkw-Stellplätze nachzuweisen, zuletzt sogar einen für jede neue Wohneinheit. Bei größeren Wohnanlagen entstanden oft große Tiefgaragen oder Parkdecks, die heute aber zu großen Teilen leer stehen und sich kaum wirtschaftlich betreiben lassen. Wer um die 50 Euro im Monat, manchmal auch deutlich über

100 Euro im Monat für einen Stellplatz entrichten soll, aber gleichzeitig für weniger als 2 Euro im Monat privilegiert auf der Straße parken darf, der überlegt es sich dreimal, einen Vertrag mit seinem Vermieter abzuschließen. Auch der Versuch, die personalintensive Kontrolle der Parkraumbewirtschaftung durch digitale Verfahren zu vereinfachen, ist im Berlin vorläufig gescheitert. Das Projekt »Scancar«, bei dem die Nummernschilder der in Zonen der Parkraumbewirtschaftung auf öffentlichem Straßenland abgestellten Kfz von vorbeifahrenden Fahrzeugen des Ordnungsamtes automatisch digital eingelesen werden, ist vom Senat gestoppt – wegen »datenschutzrechtlicher Bedenken«.

CDU für Flatrate-Parken

In der Berliner CDU wurden gleichzeitig Forderungen laut, eine Art »Flatrate« für die Parkraumbewirtschaftung einzuführen. Die FDP im Bund machte während des Wahlkampfes sogar ein deutschlandweites Flatrate-Parken zum Vorschlag, nach dem Vorbild des 49-Euro Tickets für den öffentlichen Nahverkehr. In einem Interview im Tagesspiegel vom 20. Januar hatte der Fraktionsvorsitzende der CDU im Abgeordnetenhaus Dirk Stettner eine Parkvignette fürs gesamte Zentrum ins Gespräch gebracht: »Wir möchten auch dafür sorgen, dass Menschen, die aus den Außenbezirken einpendeln oder sich innerhalb Berlins mit dem Auto bewegen müssen, die Möglichkeit zum günstigen Parken erwerben können.« Dabei verkennt er allerdings die wichtigste Leistung der Parkraumbewirtschaftung: Sie hält Berufspendler von der Innenstadt fern und verweist sie auf den öffentlichen Nahverkehr. Nur deshalb sind auch in Stoßzeiten die Berliner Straßen für motorisierte Handwerker, Lieferdienste, Pflegerinnen und Pfleger sowie für die Busse und Trams der BVG noch einigermaßen passierbar. Mit Flatrate-Parken für Besserverdienende aus den Außenbezirken näherten wir uns dagegen wieder dem allgemeinen Verkehrsinfarkt. cs



Am Ende wird gezahlt – aber wieviel?

Am Ende der Sanierung müssen Grundstückseigentümer Ausgleichsbeträge zahlen

Die Sanierungsgebiete in Mitte nähern sich allmählich ihrem Ende: Im Jahr 2026 werden die Gebiete Turmstraße, Müllerstraße und Nördliche Luisenstadt, die im Jahr 2011 per Rechtsverordnung als »förmlich festgesetzte Sanierungsgebiete« ausgewiesen wurden, aus der Sanierung entlassen. Zum Ende der Sanierung werden auch die sogenannten Ausgleichsbeträge fällig, die laut Baugesetzbuch von den Eigentümerinnen und Eigentümern im Gebiet entrichtet werden müssen. Demnach haben die »Eigentümer zur Finanzierung der Sanierung einen Ausgleichsbetrag in Geld zu entrichten, der durch die Sanierung bedingte Erhöhung des Bodenwertes seines Grundstückes entspricht« (§ 154 [1] BauGB).

Die Erfahrung zeigt jedoch, dass nicht wenige Eigentümerinnen und Eigentümer davon regelrecht überrascht werden – teils war ihnen noch nicht einmal bewusst, dass sich ihre Immobilien in einem Sanierungsgebiet befinden, obwohl ihre Grundstücke einen entsprechenden Vermerk im Grundbuch haben. Und viele verstehen nicht, warum sie am Ende der Sanierung plötzlich an die Kommune zahlen sollen.

Dabei geht der Gesetzgeber davon aus, dass das Gebiet durch die im Gebiet investierten Fördermittel der öffentlichen Hand eine deutliche Aufwertung erfahren hat. Daraus resultiert eine Bodenwertsteigerung, von der auch die Eigentümerinnen und Eigentümer innerhalb des Sanierungsgebiets profitieren. Als Ausgleich dafür müssen sich Eigentümerinnen und Eigentümer anteilig an den angefallenen Sanierungskosten beteiligen.

Der Ausgleichsbetrag wird für jedes Grundstück einzeln ermittelt. Innerhalb von vier Jahren nach der Beendigung der Sanierung erlässt das Bezirksamt für jedes Grundstück einen Bescheid über die Höhe der Ausgleichszahlung. Der Gesetzgeber ermöglicht es den Eigentümerinnen und Eigentümern jedoch auch, mittels einer Ablösevereinbarung schon vor der Aufhebung des Sanierungsgebiets den Ausgleichsbetrag zu vereinbaren. Der Bezirk räumt ihnen zudem die Möglichkeit ein, die eingezahlten Mittel bis zur Beendigung der Sanierung zur Förderung von Begrünungsmaßnahmen auf dem eigenen Grundstück einzusetzen. Generell werden die Ausgleichsbeträge, die die Kommune bei der Aufhebung der Sanierungsgebiete einnimmt, in die noch bestehenden oder aber in neu aufgelegte Sanierungsgebiete reinvestiert.

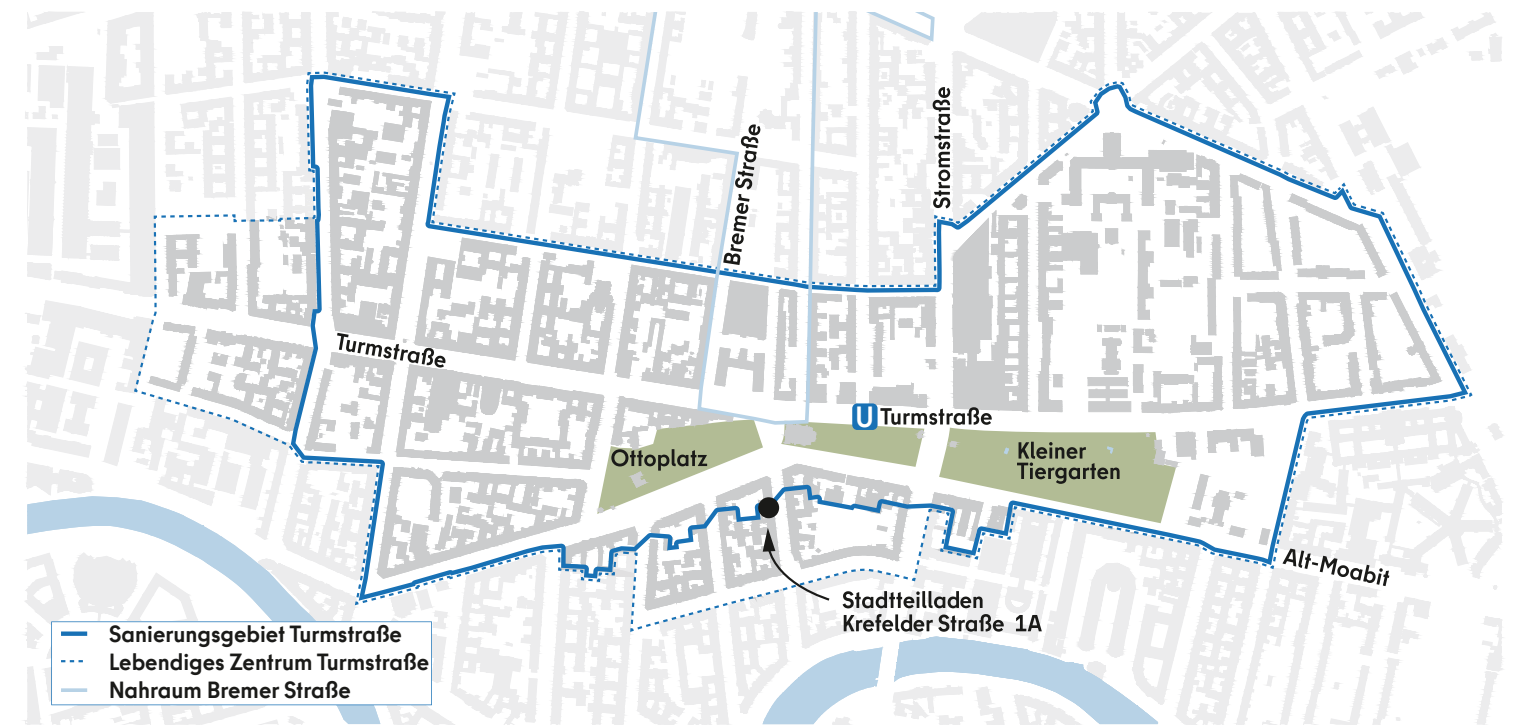
Soweit das grundsätzliche Konstrukt. In der Praxis gibt es jedoch derzeit noch Fragezeichen bei der Berechnung der jeweiligen Ausgleichsbeträge. Ein grundlegendes Problem sind dabei die exorbitanten Bodenwertsteigerungen der letzten zehn bis 15 Jahre insbesondere in der Berliner Innenstadt, die der Gesetzgeber in den 1970er Jahren nicht voraussehen konnte.

Zur Explosion der Bodenpreise haben viele Faktoren beigetragen – das erschwerte es, den »durch die Sanierung bedingten Anteil« herauszufiltern, zumal die Steigerungen nicht nur berlinweit differieren, sondern sogar innerhalb des Bezirks Mitte. In der Nördlichen Luisenstadt etwa hat sich der Bodenrichtwert zwischen 2011 und 2022 etwa verzehnfacht, ging aber 2024 wieder zurück auf das Sechsfache des Wertes bei der Festsetzung des Sanierungsgebietes. An der Turmstraße lag er 2024 genau fünfmal so hoch wie 2011, erreichte aber 2022 auch schon mehr als das Achtfache. In der Müllerstraße hat er sich seit 2011 mehr als versiebenfacht, wobei er 2022 schon mal auf mehr als das Zehnfache geklettert war. Was also ist vor allem der Innentadtlage und den Begehrlichkeiten von Investoren geschuldet – und was ist auf die reale Verbesserung des Wohnumfeldes zurückzuführen?

Angesichts dieser neuen Fragestellung hatten sich die Bezirke an die zuständige Senatsverwaltung mit der Bitte um Klärung gewandt – auch deshalb, weil nicht wenige Eigentümerinnen und Eigentümer eine vorzeitige Ablösevereinbarung abschließen wollen. Doch der Senat verwies die Aufgabe letztlich wieder an die Bezirke zurück und desweiteren auf den Gutachterausschuss. Dieses unabhängige Gremium ermittelt jährlich den Bodenrichtwert auf der Grundlage sämtlicher Kaufverträge in der Stadt. Doch auch die Gutachter (Sachverständige wie Bau- oder Vermessungsingenieure, Architekten, Immobilienökonominnen) sind meist nicht mit den Besonderheiten der Sanierungsgebiete vertraut.

Der Bezirk Mitte hat für die Sanierungsgebiete Nördliche Luisenstadt und Turmstraße berlinweit die ersten beiden Anträge auf die Ermittlung der »besonderen Bodenrichtwerte« gestellt. Der Gutachterausschuss ermittelt damit zum ersten Mal den besonderen Bodenrichtwert nach den neuen Ausführungsvorschriften des Landes Berlin. Hierfür wurden ihm vom Bezirk und der Prozesssteuerung der Sanierungsgebiete alle notwendigen Informationen zur Verfügung gestellt.

us



Aktuelle Informationen zum Gebiet finden Sie auch auf www.turmstrasse.de und zur Entwicklung von Moabit auf www.moabitonline.de

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung und Facility Management: Ephraim Gothe

Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 9018-446 00
ephrain.gothe@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleiter (komm.): Herr Giebel,
Zimmer 106, (030) 90 18-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung

Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: Di und Do 9–12 Uhr,
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiterin: Mandy Adam
(030) 90 18-457 27

Lebendiges Zentrum und Sanierungsgebiet Turmstraße

Zimmer 180/181
Annett Postler (030) 9018-454 36
annett.postler@ba-mitte.berlin.de
Dirk Kaden (030) 9018-458 22
dirk.kaden@ba-mitte.berlin.de

Prozesssteuerung

Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
Franziska Kind (030) 33 00 28 48
turmstrasse@kosp-berlin.de
Sprechstunden: Do 16–18 Uhr
im Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a,
(030) 23 94 53 39
www.kosp-berlin.de
www.turmstrasse.de

Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße

die raumplaner
Di 15–18 Uhr im Stadtteilladen,
Krefelder Straße 1a, (030) 23 93 85 08
gsm@turmstrasse.de
www.turmstrasse.de

Quartiersmanagement Beusselstraße

Rostocker Straße 35, 10553 Berlin
(030) 39 90 71 95
qm-moabit@stern-berlin.de
www.moabitwest.de

Quartiersmanagement Moabit-Ost

Wilsnacker Straße 34, 10559 Berlin
(030) 93 49 22 25
team@moabit-ost.de
www.moabit-ost.de

Mieterberatung

für die Bewohner der Milieuschutzgebiete Waldstraße und Birkenstraße sowie des Sanierungsgebiets Turmstraße
Sprechzeiten: Mo 16–18 Uhr im Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a, Telefonische Beratung Do 10–12 Uhr
(030) 44 33 81 23
www.mieterberatungpb.de
team-moabit@mieterberatungpb.de



Ch. Eckelt



ECKENSTEHER

Krise? Welche Krise?

Die Diplomatie und das Feuilleton zeichnet es aus, dass sie auch drastische Sachverhalte elegant be- bzw. umschreiben können, weshalb sensible Gemüter beiden Kunstformen zugeneigt sind. So nennt man ein komplett verstörendes, durchgeknalltes Verhalten gern »erratisch« (zu deutsch: verirrt, verschlungen). Man muss sofort an den alten Mann mit dem Hang zu kindischen MAGA-Basecaps denken, der sich gerade Grönland und Kanada zum Frühstück wünscht, um hernach beim Lunch seinem russischen Kumpel die Ukraine tranchierfertig zu servieren, während Europa noch um Worte ringt. Freilich, das war vorauszusehen. Wirklich erratisch daran ist, dass der neue Kumpel ja eigentlich den Westen und insbesondere die USA für seine Dekadenz verdammt (dabei sind beide Männer mit ihrem Hang zu teurem Protz geradezu die Inkarnation der Dekadenz) und der MAGA-Mann bislang den aufrechten Patrioten eingepflichtet hat, dass Kommunisten (also Russen sowie alle, die anders als MAGA denken) der Endgegner sind. Den durchschnittlichen US-Patrioten, der inzwischen jeden Anhänger der Demokraten als Kommunisten sieht, wird der Lunch-Deal trotzdem nicht stören, falls es ihn überhaupt interessiert, was jenseits seiner Tankstelle so vor sich geht. Das Bild des Kommunisten ändert sich also gerade radikal, sogar der Führer soll ja nun einer gewesen sein, wie jüngst aus berufenem Munde zu vernehmen war – da schaute sogar der Patriot Elon Musk etwas überrascht drein.

Angesichts dieses Irrsinns ist man nachgerade fast dankbar, sich zwischendurch den vergleichsweise kuscheligen Besonderheiten des Berliner Lokalgeschehens widmen zu dürfen. Beispielsweise der Verkehrspolitik. So betonte Verkehrssenatorin Ute Bonde erst neulich

wieder, dass auf Berlins Straßen Tempo 50 die Regelgeschwindigkeit bleiben müsse, weil – Sie ahnen es – »der Verkehr fließen muss«. Und Verkehr ist in Berlin immer noch: motorisierter Verkehr. Ein paar Tage später zitierte der Tagesspiegel Christian Haegele, den Leiter der Abteilung Verkehrsmanagement beim Senat, mit der Aussage, dass an Fußgängerüberwegen auch künftig nicht generell Tempo 30 angeordnet werden könne. Begründung: Selbst Tempo 30 könne im Einzelfall zu schnell sein.

Nun könnte man ins Nachdenken kommen, beispielsweise über Bremswege bei Tempo 30 und Tempo 50 speziell vor Zebrastreifen, wenn denn Tempo 50 als Regelgeschwindigkeit gilt – aber tun Sie es bitte nicht, sonst verirren Sie sich auch noch in der erratischen Logik der Verkehrsverwaltung.

Eine geradezu erfrischende Perspektive offenbart der Blick der Verkehrssenatorin auf die Lage des ÖPNV, über dessen Krise die Opposition im Abgeordnetenhaus reden wollte. »Krise? Welche Krise?« fragte die Verkehrssenatorin zurück und befand, es gebe »nichts zu meckern«. Man muss sofort an den knuddeligen Alf aus der 80er-Jahre-TV-Sitcom denken, der gern »Null Problemo« rief, wenn das Chaos gerade eskalierte. Bitte denken Sie daran, wenn Sie sich demnächst wieder bei -8°C und dem hoffnungsvollen Warten auf den Bus / die Bahn ewig die Beine in den Bauch stehen.

In konstruktivem Optimismus übt sich die Senatorin übrigens auch beim Blick auf den Fahrradverkehr: Neue Radverkehrszählungen würden doch die »Attraktivität des Radverkehrs« in Berlin belegen. Zugleich sei der Autoverkehr rückläufig. »Diese Fakten und dazu ein attraktiver ÖPNV zeigen deutlich, dass eine kluge Politik der Angebote besser ist als Restriktionen und Verbote.« Nun würden ja viele Radfahrende stur behaupten, sie führen nicht wegen, sondern trotz der Radwegesituation in Berlin Rad. Und ist jetzt der Autoverkehr rückläufig, weil bei Tempo 50 der Verkehr besser fließt – oder weil man sowieso hoffnungslos im Stau stecken würde?

Egal. Wenn Ihnen all das zu erratisch wird, legen sie einfach mal einen Ruhetag ein. Draußen ist eh gerade Feinstaub-Smog und BVG-Streik.